

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Gummersbach,

bevor ich in die Betrachtungen zum Haushalt 2026 einsteige, möchte ich mich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Einsatz für die Stadt Gummersbach bedanken. Es war ein schwieriges Jahr 2025, und das jetzige wird nicht einfacher werden. Die Welt spielt derzeit verrückt, die politische Bedrohungslage wird immer kritischer und das weltweite Säbelrasseln immer lauter, siehe Krieg in der Ukraine, in Gaza und nun im Iran mit allen Anrainerstaaten.

Trotzdem müssen wir uns auf unsere kommunalen Aufgaben konzentrieren und einvernehmlich miteinander Lösungen finden, um unsere Stadt voranzubringen. Die kommunalen Strukturen sind als praktische Grundlage unerlässlich zum Erhalt der Demokratie.

Der Haushalt 2026 weist einen Gesamtertrag von 188 Mio. € aus, dem steht der Gesamtaufwand von 201 Mio. € gegenüber, was ein Defizit von -13 Mio. € ausmacht.

Dieses Negativergebnis entsteht trotz der Entlastung von 19,1 Mio. € aus dem Altschuldenentlastungsgesetz, bei dem das Land NRW bestehende Liquiditätskredite übernimmt,

trotz des erhöhten 2%igen globalen Minderaufwands von 1,5 Mio. € und trotz der Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur mit geplanten ca. 3,4 Mio. €.

Zudem erwarten wir Gewerbesteuererinnahmen auf hohem Niveau von 51,7 Mio. €. Ob sich diese Prognose allerdings angesichts der neuen weltweiten Krisen wird so halten lassen, scheint noch offen, da zu befürchten ist, dass auch oberbergische und Gummersbacher Unternehmen die erneut erhöhten Energiekosten deutlich zu spüren bekommen werden. Je länger der Krieg im Iran dauert und die Straße von Hormus für den Schiffsverkehr gesperrt bleibt, desto schwieriger wird die Lage für die Unternehmen werden. Wir können nur hoffen, dass sich die Lage bald wieder zum Positiven ändert.

Wir fürchten, dass die angenommenen Rahmenbedingungen für 2026 in der Stadt Gummersbach nicht ausreichen werden, um die deutlich gestiegenen Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Hier seien besonders das ständig steigende Personalbudget und die dramatisch steigenden Ausgaben der Jugendhilfe genannt. Mittel für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, ebenso wie Mittel für den Bildungsbereich, sind dennoch grundsätzlich die richtigen Investitionen in die Zukunft.

Auch Mittelansätze für die Sicherheit, Gefahrenabwehr und Klimafolgeanpassungen sind alternativlos. Bei Investitionen in die Feuerwehr sollte man trotzdem die Kosten im Blick behalten.

Auch von städtischer Seite wurde bereits in den Klimaschutz investiert, nachdem uns die Bürger*innen mit dem Solarboom der letzten Jahre gezeigt haben, was sie wichtig finden, nämlich eine Unabhängigkeit von Importen fossiler Energieträger, wie Öl und Gas.

Die Stadt investiert hier aber grundsätzlich nur ergänzende Eigenanteile bei staatlichen Fördersummen von Land- oder Bundeszuschüssen.

Der Bund fällt mit seiner neuen Regierung für den Klimaschutz nun leider komplett aus. Mit einer Gas-Lobbyvertreterin im Wirtschaftsministerium kann man keine fortschrittliche Klimapolitik erwarten. Somit müssen wir allein auf Fördergelder des Landes setzen, um die regenerativen Energien zu forcieren.

In diesem Zusammenhang sind die AggerEnergie und unsere Stadtwerke gefordert, neue moderne Energieversorgungsstrukturen zu unterstützen (im Wesentlichen weg von Gas und Öl, hin zu Wärmepumpen und bidirektionalem Stromaustausch/Smartmeter, Zudem muss das bestehende Gasnetz schnell verkleinert werden, um die Netzentgelte für die letztlich verbleibenden Gaskunden erträglich zu gestalten).

Weitergehende freiwillige Leistungen, um die städtische Lebensqualität zu erhöhen, kommen aber leider im Haushalt aus Kostengründen oft zu kurz.

Es ist daher unerlässlich, durch eigene Anstrengungen die Ausgaben zu begrenzen und gleichzeitig auch die städtischen Einnahmen zu erhöhen.

Dazu werden wir nochmals unsere Anträge auf

- Einführung einer Verpackungssteuer
(zusätzlich zu den Einnahmen für die Stadt, vermeidet Mehrweg Müll und damit auch den Mehraufwand für die städtischen Reinigungskräfte)
- Einführung einer Touristik-/Bettensteuer

zur Beratung und Abstimmung einbringen.

Wir empfinden die Kreisumlage in Höhe von 23% der Haushalts-mittel als unverhältnismäßig, zumal spätestens nach dem Bekanntwerden der Kreishausneubaupläne und -kosten an der Ausgabenmentalität des Kreises Zweifel bestehen.

Wir werden unseren Jahresfehlbetrag in 2026 das letzte Mal über unsere Ausgleichsrücklage auffangen können, danach ist sie nahezu aufgebraucht.

Um der Haushaltssicherung zu entgehen, sollen wir in den 3 Folgejahren die Möglichkeit bekommen, die Verluste, die nicht mehr über die Ausgleichsrücklage zu decken sind, in die Jahre 2030 bis 2032 vorzutragen.

Bis 2030 wird sich der Verlustvortrag auf 23,4 Mio. € aufsummieren, und was passiert dann?

Die äußeren Ursachen für zu geringe Einnahmen sind bekannt!

- Die vielfach thematisierte chronische Unterfinanzierung der Kommunen

- Die ständige Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen ohne eine gesicherte und auskömmliche Kostenübernahme durch Bund und Land.
- Die Kreisumlage mit einem 50%igen Anteil davon an den Landschaftsverband

Die internen Ursachen für zu hohe Ausgaben resultieren allerdings auch aus den zu geringen Fortschritten bei der verwaltungsinternen Digitalisierung, um die Effektivität zu steigern und einen weiteren Personalausbau abzufedern.

Allerdings gibt es immer noch zu wenige Fachleute im IT-Bereich, auch aufgrund der mangelnden Attraktivität des Jobs in der Verwaltung gegenüber der Wirtschaft. Dieses Defizit sollte deshalb durch Auftragsvergaben an externe Dienstleister ausgeglichen werden. Eine weitere Verzögerung der Modernisierung bei den Verwaltungsabläufen führt in Zukunft zu noch höheren Kosten.

Zusätzliche Einnahmequellen sollten durch eine bessere Unterstützung des Tourismus durch Werbung und Förderung generiert werden.

Stichworte hier: Naherholung/Talsperren/Freizeit-Radwegeplanung und -realisierung/Gastronomie und Übernachtungsgewerbe)

Dies erfordert auch die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes von 2022 (insbesondere auch für touristische Belange). Wenn wir im derzeitigen Tempo die ca. 200 VIA-Vorgaben aus dem Radkonzept umsetzen, werden selbst unsere Enkel nicht in den Genuss des unbeschwerten Radfahrens in unserer Stadt kommen. Es ist noch viel zu tun, alle Argumente zum Umstieg aufs Rad sind ausgetauscht, aber es fehlt noch der politische Wille und das Fachpersonal zur Umsetzung.

Wir hatten gehofft, dass der Haushalt 2026 diesmal wieder rechtzeitig kurz vor dem Winter 2025 eingebracht würde.

Dass bei verspäteter Einbringung im Januar 2026 zudem der Haushalt 2024 noch nicht abgesegnet ist und sogar zum heutigen Tage nicht schriftlich verbindlich ist, sehen wir als äußerst problematisch an.

Viele Vergleichsansätze und die Weiterentwicklung der Budgets über den Zeitrahmen von 2024 – 2026 sind dadurch nicht abschließend nachvollziehbar. Dazu kommen Einnahmeschwankungen bei der Gewerbesteuer (wie 2024), die die Haushaltsansätze völlig auf den Kopf stellen. Aufgrund dieser unsicheren finanziellen Planungsbasis sehen wir uns nicht in der Lage, der Haushaltssatzung 2026 zuzustimmen.

Zum Schluss spreche ich der Verwaltung nochmals unseren Dank für den Einsatz aus und danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Gummersbach, 11.03.2026

Erika Hoferichter